

// Landesfachgruppe Real-, Haupt- und Oberschulen //

Februar 2021

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Real-, Haupt- und Oberschulen,

uns allen macht die Coronakrise zu schaffen und stellt uns vor nie dagewesene Herausforderungen.

Fast wöchentlich ändern sich die Erlasse und Vorgaben zum Schulbetrieb, die Arbeit hat sich durch den Präsenzunterricht und das parallele Lernen auf Distanz erheblich verdichtet, immer mehr zusätzliche, veränderte oder neue Aufgaben und Arbeitsweisen stürmen auf uns ein. Und auch die Entgrenzung der Arbeitszeit und die allgemeine gesellschaftliche Verunsicherung wegen der Pandemie belasten uns alle.

Häufig wird in der Diskussion um Schulöffnungen der Gesundheitsschutz der Beschäftigten in den Schulen gegen die Bildungsgerechtigkeit für Schüler\*innen ausgespielt. Doch nur ein umfassender und guter Gesundheitsschutz wird allen in Schule gerecht und ermöglicht und sichert Bildungschancen für die Schüler\*innen.

Nach unserem monatelangen Einwirken auf die Politik hat das Kultusministerium am 11.2. seine "10-Punkte-Agenda: Bildung, Betreuung und Zukunftschancen in der Pandemie sichern" vorgelegt. (<https://www.mk.niedersachsen.de/startseite/aktuelles/presseinformationen/10-punkte-agenda-bildung-betreuung-und-zukunftschancen-in-der-pandemie-sichern-tonne-bestmoegliche-sicherheit-und-verlaesslichkeit-fur-die-kommende-zeit-197146.html>)

Lange forderten wir Perspektiven und Planbarkeit für die Schulen, die über den Zeitraum von jeweils zwei Wochen hinausgehen. Ebenso wie ein effizienter Infektionsschutz und eine Teststrategie ist eine Impfstrategie für alle in Bildungseinrichtungen Beschäftigten zwingend notwendig. Schulen müssen für alle sichere Lernorte sein.

Endlich sind die Politik und das Kultusministerium diesen Forderungen nachgekommen und schaffen entsprechende Regelungen. Dies ist ein echter **Erfolg der GEW!**

Doch noch immer sind nicht alle unserer Forderungen umgesetzt.

Daher setzen wir uns weiterhin für euch und einen besseren Gesundheitsschutz und für echte Bildungschancen für Schüler\*innen ein:

- Der **Gesundheitsschutz** aller in der Schule Beschäftigten und der Schüler\*innen sowie deren Familien muss höchste Priorität haben.  
Es sind alle technischen und organisatorischen Maßnahmen durch das Niedersächsische Kultusministerium, die Regionalen Landesämter für Schule und Bildung, die Landkreise und Kommunen als Schulträger und an vorderster Stelle durch die Politik zu ergreifen, um die Personen umfassend zu schützen, die sich in Schulen aufhalten. Dies schließt - dort wo es notwendig ist - auch das Aufstellen von Luftreinigungsgeräten ein. Außerdem ist die Corona-Arbeitsschutzverordnung einzuhalten. (<https://www.bundesanzeiger.de/pub/publication/5QH1uegEXs2GTWXXKeIn/content/5QH1uegEXs2GTWXXKeIn/BAAnz%2520AT%252022.01.2021%2520V1.pdf?inline>)

- Mündliche **Prüfungen** für den Sek I-Abschluss freiwillig durchführen zu lassen, reicht nicht aus. Wir setzen uns dafür ein, die Abschlussprüfungen des aktuellen Schuljahres in den allgemein bildenden Schulen zu streichen. Dies fordert auch der Landesschülerrat (Pressekonferenz am 5. Februar). So kann man sowohl die Schüler\*innen als auch euch Kolleg\*innen in den Schulen entlasten und den momentanen Druck senken.
- Die Politik und speziell das MK müssen erklären, was mit der "Weiterführung der **LernRäume**" konkret gemeint ist.

Nach unseren Vorstellungen sollten Schüler\*innen, die nicht im „Präsenzunterricht“ beschult werden, bei Bedarf oder auf Basis von pädagogischen Entscheidungen der Schule in der Regel durch pädagogische Fachkräfte oder pädagogisch geeignetes Personal in extra dafür bereitgestellten Lernräumen kostenfrei beim Lernen begleitet und betreut werden.

Dafür können Räume in Jugendfreizeiteinrichtungen, Volkshochschulen oder separaten Bereichen der Schulen oder in Gemeinden etc. genutzt werden.

Diese Räume sollten so eingerichtet werden, dass sie über die technischen Voraussetzungen für ein Lernen auf Distanz verfügen, sodass die Schüler\*innen dort angemessen arbeiten können. Sie müssen durch eine Gefährdungsbeurteilung als "für Unterricht und Betreuung geeignet" eingestuft sein oder entsprechend nachgerüstet werden.

Bildungsteilhabe muss unabhängig von Einkommenssituation, Infrastruktur und Arbeitsverhältnissen der Eltern möglich sein.

Solche zusätzlichen Maßnahmen erfordern zusätzliche finanzielle Mittel für die Schulträger. Dieses Geld wäre gut investiert, weil es Sicherheit und Verlässlichkeit garantiert und zur Bildungsteilhabe beiträgt.

Die Politik und die Gesellschaft fordern Chancengleichheit: Niemand darf zurückgelassen oder abgehängt werden!

Das erfordert konkretes Handeln.

Besonders bei der **Unterrichtsversorgung** und **Ressourcenzuweisung** sieht es für die Real-, Haupt- und Oberschulen sehr schlecht aus:

Zum 1.2.2021 veröffentlichte die Landesregierung in einer Presseerklärung die Zahlen zur Unterrichtsversorgung. Nicht mit einem Wort ging sie dabei auf die katastrophale Unterrichtsversorgung insbesondere der Haupt- und Oberschulen ein. Seit Jahren haben speziell die Haupt- und Oberschulen, aber auch viele Realschulen mit einer miserablen Unterrichtsversorgung zu kämpfen. Dies steigert die aktuellen Probleme in der Coronakrise.

Die Arbeitsbedingungen für die Lehrkräfte an Real-, Haupt- und Oberschulen sind offensichtlich zu unattraktiv. Mit einer besseren Versorgung vor Ort würde man Krisen wie diese auch besser bewältigen können.

Um dies zu erreichen, muss die Attraktivität des Berufes grundsätzlich wieder gesteigert werden. Und das ist die Aufgabe der politisch Verantwortlichen! A13 bzw. E13 als Einstiegsbesoldung bzw. -gehalt für alle Kolleg\*innen wäre zum Beispiel ein erster Schritt.

Bleibt gesund!

... und nicht vergessen: Mit einer solidarischen Haltung kommen wir gemeinsam durch die Krise!

Eure

*Uwe, Claudia, Urte, Melanie und Sebastian*  
Landesfachgruppe Real-, Haupt- und Oberschulen